

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM., zusätzlich Beleggeld. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postanstalten und Postämter, unter Umständen auch jeder Zeitbestellungen entgegen. Bei Fernbestellungen sind die üblichen Postgebühren zu berücksichtigen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der Druckarbeiten übernimmt die Druckerei keine Haftung. Rücksendung eingekaufener Exemplare erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 4spaltige Raumzeile 20 Pf., die 4spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 2spaltige Raumzeile im täglichen Teil 1 RM., Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgesagte und Plannormen werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 10. Uhr. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der Druckarbeiten übernimmt die Druckerei keine Haftung. Rücksendung eingekaufener Exemplare erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 121 — 92. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2641

Freitag, den 26. Mai 1933

Eindrucksvolle Deutschumkundgebung im Teutoburger Wald.

Vizekanzler v. Papen spricht auf der Grenzlandtagung in Iburg.

Zu einer außerordentlich eindrucksvollen Kundgebung für das Deutschum gestaltete sich am Himmelfahrtstage die große Grenzlandtagung in Iburg bei Osnabrück, die unter der Schutzherrschaft des Vizekanzlers v. Papen stattfand. Schon in den frühen Morgenstunden rückten ungezählte Tausende im braunen Hemd und in der grauen Uniform, die unübersehbaren Scharen der VdA-Jugend, die vaterländischen Vereine und die riesigen Massen deutscher Männer und Frauen auf den Straßen nach Iburg an. Nachmittags traf Vizekanzler von Papen in Osnabrück ein, wo eine Ehrenkompanie des Stahlhelm Aufstellung genommen hatte. Der Vizekanzler wurde vom NSKK in Kraftwagen nach Iburg gebracht, gefolgt von einer Kraftfahrerkolonne des Stahlhelm. In der Umgebung des Vizekanzlers sah man u. a. Reichsstatthalter Meyer, Generaloberst a. D. Hege, den Kommandeur des Wehrkreises VI, den Oberpräsidenten von Hannover, Luge, den Regierungspräsidenten von Osnabrück, Eggers, den Oberbürgermeister Gärtners-Osnabrück. Einige Minuten nach Eintreffen des Vizekanzlers erreichte der große Umzug, der von nicht weniger als 25 Musikkapellen begleitet war und dessen Vorbeimarsch mehr als eine Stunde in Anspruch nahm, den Festplatz. Der Umzug bot in seinem bunten Durcheinander ein materielles Bild.

Voran zogen die Gruppen der mittelalterlichen Trachten, gefolgt von den Gruppen in den Uniformen des alten deutschen Heeres und der Reitervereine sowie die Chargierten der Universität Münster, dann kamen die VdA- und VdL-Schulgruppen aus dem ganzen West- und Nordwestdeutschland, Ostpreußen, Saargebiet, Sudetendeutsche, Rheinländer, Kolonisten riesen in ihren Gruppen erneut das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Deutschen wach. Besonders fiel ein Wagen „Gefesselte Heimat“ auf, der durch eine gefesselte Frau eindrucksvoll an die Leiden der in der Tschechoslowakei lebenden 3,5 Millionen Deutschen erinnerte.

V. Papen entwickelte in seiner Ansprache auf der Tagung ein neues eindrucksvolles Bild des deutschen Gesamtvolkes in Europa. Bismarcks Reichsgründung und die feindliche Lösung, so erklärte er u. a., hinterließen das deutsche Volk in einer Zersplitterung, die nach dem Verträge von Versailles nicht zunahm, so daß heute die Deutschen Europas auf nicht weniger als 20 Staaten verteilt sind. Ein Drittel des deutschen Volkes lebt außerhalb der Reichsgrenzen.

Die Pariser Vorortverträge haben die Balkanisierung Europas beschleunigt, die Unruheherde vermehrt, die Zersplitterung der Völker gefördert. Der Minderheitenschutz des Völkerbundes und des Haager Gerichtshofes hat den Staatsbürgern minderen Rechts keine wirkliche Hilfe geboten. Minderheitenrecht ist zu einem leeren Wortidealismus geworden.

Daß gerade wir Deutschen zu einer neuen Staatsauffassung und zu einem neuen völkischen Denken vorstößen, ist kein Zufall. Die europäische Lage und die Aufspaltung unseres Volkstums in zahlreiche Staaten zwingt uns zu unablässiger Betrachtung des Problems, an dessen mangelhafter Lösung das balkanisierete Europa krankt. Verkehr, Arbeitsteilung, wirtschaftliches Raumbunden, Unhaltbarkeit der Zollmauern und der rechtlichen Auseinanderentwicklung zeigen deutlich, daß alle konsolidierenden Bestrebungen in Europa auf der Sicherung der Volkseinheit, an dem eigenständigen Volke nicht vorübergehen können, daher auch nicht an der völkischen Autonomie und einem neuen Föderalismus.

Wenn der Deutsche Reichskanzler in seiner großen außenpolitischen Rede davon sprach, daß das revolutionäre Deutschland jede Germanisierung verwerfe und eine besondere Achtung vor den Volkstämmen, gerade der kleinen, hege, so hat er sich auch auf außenpolitischem Gebiet als europäischer Revolutionär im Geistigen gezeigt.

Der Gedanke der Eigenständigkeit der Völker wird einer der großen revolutionären Errungenschaften des Nachkriegsdeutschlands werden. Er weist den Weg zur europäischen Zusammenarbeit und zur Überwindung einer unheilvollen Zersplitterung und eines Gegeneinander der Kräfte, die Europas Wüsteneiung gefährden.

Es darf nicht bei einem völkerräumenden Nationalismus bleiben, sondern muß zu einer völkerverbindenden Sicherung der Volkstämmen kommen. Deutschland sehe die Pflicht, diese Wandlung einzuleiten.

Diese Pflicht gehe aus der Friedenssehnsucht des deutschen Volkes, aus seiner Verantwortlichkeit für Europa hervor, und aus der Notwendigkeit, Mitteleuropa neu zu ordnen. Weil es seine Verantwortlichkeit für Europa führt, wird es sich hüten, kriegerische Experimente herauszufordern.

Neuer englischer Sicherheitsvorschlag.

Beteiligung Amerikas an einem Konsultativpakt. — Die Verhandlungen im Genfer Hauptauschuß.

In der Sitzung des Hauptauschusses der Genfer Abrüstungskonferenz legte der englische Außenminister Simon einen neuen Vertragsentwurf für die sicherheitspolitischen Bestimmungen des Abrüstungsabkommens vor, der folgenden vorseht:

Im Falle des Bruchs oder des drohenden Bruchs des Kellogg-Paktes kann entweder der Völkerbund oder ein Unterzeichnerstaat des Abrüstungsabkommens, der nicht Mitglied des Völkerbundes ist, eine sofortige Beratung zwischen dem Völkerbund oder der Vollversammlung des Völkerbundes und einem anderen Unterzeichnerstaat des Abkommens vorschlagen. Gegenstand einer derartigen Beratung ist:

1. Gedankenaustrausch bei einem drohenden Bruch des Kellogg-Paktes zur Vermeidung eines Konflikts und Aufrechterhaltung des Friedens.
2. Im Falle eines Bruchs des Völkerbundpaktes Einwirkung zur Wiederherstellung des Friedens.
3. Falls die Wiederherstellung des Friedens unmöglich geworden ist, Feststellung, welche Partei für verantwortlich anzusehen ist.

Die Vorsehungsfestlegung, die im ersten Entwurf des Konsultativabkommens den Großmächten eingeräumt werden sollte, fällt danach weg zur Befriedigung der kleinen Entente, Polens und Frankreichs, dem man eben mit jedem Mittel entgegenzukommen trachtet.

Der amerikanische Sonderbotschafter Norman Davis gab dann eine neue grundsätzliche Erklärung über die Sicherheitspolitik der amerikanischen Regierung ab, wonach die Vereinigten Staaten weitere Sicherheitsverpflichtungen für die Zukunft übernehmen werden. Er erklärte, daß die amerikanische Regierung eine Erklärung, die noch vor der Unterzeichnung des Abrüstungsabkommens in ihrer endgültigen Fassung festgelegt werden würde, bei der Ratifizierung des Abrüstungsabkommens abgeben werde.

Diese Erklärung besagt, daß Amerika bereit ist, sich an einem Konsultativpakt zu beteiligen; es behält sich aber vor, aus eigener Machtvollkommenheit zu entscheiden, ob es sich dem Urteil der anderen Mächte anschließen kann oder nicht.

Der französische Außenminister

Paul-Boncour beschränkte sich auf die Erklärung, daß der englische Vorschlag und die Erklärung Norman Davis' einen neuen bedeutungsvollen Beitrag zum Weltfrieden darstellten und nunmehr die Grundlage für die sofort zu schaffende Organisation der gegenseitigen Hilfsmaßnahmen bildeten. Frankreich forderte also schon wieder neue Zugeständnisse.

Botschafter Radolny

gab sodann eine Erklärung ab, in der er die Zustimmung Deutschlands zu dem englischen Vorschlag unter der Bedingung einer unmittelbar folgenden wirksamen Abrüstung erklärte. Deutschland sei der Ansicht, daß man, um allen Staaten die gleiche Sicherheit zu gewährleisten, in erster Linie die Abrüstung durchzuführen

musse. Andererseits sei Deutschland durchaus bereit, internationale Sicherheitsverpflichtungen auf sich zu nehmen, jedoch unter der Bedingung, daß sämtliche übrigen Mächte ebenfalls bereit sind, das Gleiche zu tun und auch die deutsche Sicherheit gestärkt würde. Die Initiative der Vereinigten Staaten sei ein deutlicher Schritt vorwärts auf dem Gebiete der Regelung der Sicherheitsfrage. Es sei zu hoffen, daß diesem Schritt andere wirksame Maßnahmen auch auf dem Gebiete der Abrüstung folgen würden.

Schärfste Gegensätze in der Flottenfrage.

Nur Amerika unterstützt die englischen Vorschläge.

Im Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz wurden die seit vielen Monaten unterbrochenen Verhandlungen über die Flottenfragen wieder aufgenommen. In der Aussprache stießen die Flottenbestimmungen des englischen Abrüstungsplanes auf starken Widerstand der meisten übrigen Flottenmächte und fanden nur auf amerikanischer Seite Unterstützung. Die Vertreter Frankreichs, Japans und Sowjetrußlands übten schärfste Kritik am englischen Vorschlag.

Am weitesten in der Kritik ging der sowjetrussische Botschafter Dolgalewski, nach dessen Auffassung der englische Plan die Ungleichheit zwischen den großen und kleinen Flottenmächten verewige. Der englische Plan sei ein Aufrüstungsplan und gebe den großen Flottenmächten völlige Freiheit, ihre Flottenrüstungen weiter auszubauen.

Die großen Gegensätze, die bei der Behandlung der Flottenfrage zutage traten, haben allgemein starke Beachtung gefunden. Es zeigt sich, daß hier noch große, völlig unüberbrückbare politische Gegensätze bestehen, die den Abschluß eines allgemeinen Abrüstungsabkommens außerordentlich fraglich erscheinen lassen und die bisher lediglich durch die monatelangen Verhandlungen über die deutschen Fragen in den Hintergrund getreten waren.

Frankreichs Ränkespiel in Genf.

Die Flottenfrage als Druckmittel.

Zu den Flottenverhandlungen im Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz wird von deutscher Seite darauf aufmerksam gemacht, daß jetzt auch die kleineren Mächte neuere Flottenforderungen für den Bau von Linien Schiffen und U-Booten anmelden. Die französische Regierung hat erneut eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß sie in keiner Weise bereit sei, die Flottenbestimmungen des Londoner Abkommens zu unterzeichnen; sie will vielmehr die Nichtunterzeichnung als politisches Druckmittel benutzen.

Somit haben sich auf einem Gebiet der Abrüstung, in das die deutschen Fragen nicht hineinspielen, unüberbrückbare Gegensätze gezeigt, die die gesamte noch wie vor äußerst kritische Konferenzlage scharf beleuchten.

Denkt an die „Stiftung für Opfer der Arbeit“.

Einzahlungen an Reichskredit-Gesellschaft A. G., Berlin W. 8, Behrenstraße 21/22, sowie auf deren Reichsbank Girokonto und deren Postsparkonto Berlin 120 unter Angabe der Kontobezeichnung „Stiftung für Opfer der Arbeit“.

Telegramm Papens an Hitler.

„Neue Wege für eine völkische Politik“

Von Iburg aus hat Vizekanzler von Papen an Reichskanzler Adolf Hitler folgenden Telegramm gerichtet:

„Die gewaltige völkische Kundgebung auf der Iburg, bei der ich die Ehre habe, Sie und die Reichsregierung zu vertreten, ist ein flammendes Bekenntnis des Gesamtdeutschtums zu dem geistigen Umbruch unserer Lage und dem Manne, in dessen Hände der Feldmarschall die Führung des neuen Deutschland legte. Sie haben, Herr Kanzler, in ihrer bedeutsamen Reichstagsrede als einen weiteren Beweis unseres Friedenswillens vollkommen neue Wege für eine völkische Politik gewiesen, und es ist klar, daß das durch den Versailles Vertrag balkanisierete Europa mit seinen zahlreichen entrechteten völkischen Minderheiten nur durch bewußte Ablehnung von dem nationalstaatlichen Prinzip und durch neue politische Methoden dem wahren Frieden zugeführt werden kann.“

Ich hoffe und bin überzeugt, daß die Ausführungen, die ich heute im Sinne dieser Zielsetzung habe machen dürfen, den Weg bereiten helfen zu einem Recht für die völkischen Einheiten in einem Europa des Friedens und der Wohlfahrt.“

Feierlicher Empfang Hitlers im Rathaus der Reichshauptstadt.

Der Kanzler trägt sich in das Goldene Buch der Stadt Berlin ein.

Anlässlich der großen Landwirtschaftsausstellung veranstaltete der Magistrat der Stadt Berlin einen feierlichen Empfang des Reichskanzlers und zahlreicher führender Ehrengäste aus Politik und Wirtschaft. Reichskanzler Adolf Hitler betrat damit zum erstenmal das Berliner Rathaus, das für diesen feierlichen Akt festlichen Schmuck angelegt hatte.

An der Goldenen Pforte, die den Vorraum des Sitzungssaales vom Ober Treppenhause trennt, wurde der Reichskanzler vom Oberbürgermeister Dr. Sahm und Stadtwortrednervorsitzer Spiwowitz empfangen. Danach begaben sich der Kanzler und die zahlreichen Ehrengäste, darunter Dr. Goebbels, Reichsinnenminister Dr. Fricke, Reichswehrminister von Blomberg, Ministerpräsident Göring, Oberpräsident Rube und Polizeipräsident von Levetzow, in den Sitzungssaal, der mit der Berliner Stadtflagge und den Reichsfarben geschmückt war.